

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Ein Kampf um die Macht in Spanien

Die Teuerung in Spanien hat neue, beängstigende Fortschritte gemacht. Obwohl die Lebenshaltung der spanischen Arbeiter, der kleinen Angestellten und des größten Teils der Bauern bereits seit Jahr und Tag auf einem für europäische Maßstäbe bedenklichen Tiefstand angelangt war, haben die Preise zu Beginn des Sommers erneut angezogen; leider in besonderem Grade bei Gegenständen des Massenbedarfs.

Wir haben an dieser Stelle (im Juniheft 1956) über eine Streikwelle berichtet, die damals — ohne Billigung der falangistischen Syndikate — die spanische Volkswirtschaft erschütterte. Damals war aufgefallen, daß es gerade die konservativen Provinzen waren, die Landstriche, die von der kommunistischen oder „roten“ Agitation während des Bürgerkrieges am wenigsten erfaßt waren, die an der Spitze der Bewegung standen. Es gab einen improvisierten „Generalstreik“ in Pamplona, der Hauptstadt

des royalistischen Navarra. Zaghafte versuchte das Franco-Regime, mit der Ernennung des Falangistenführers *Giron* zum Arbeitsminister einen sozialreformerischen Kurs vorzubereiten. Der Generalsekretär der Falange, *Arrese*, kündigte Anfang Mai 1956 die Vorbereitung eines Gesetzes an, das der Arbeitnehmerschaft eine Gewinnbeteiligung und auch eine bescheidene Einflußnahme auf die Leitung der Betriebe sichern sollte. Es kam auch im Spätherbst 1956 zu den lange überfälligen Lohnerhöhungen, die etwa 35 vH vom Grundlohn betragen. Sie sind inzwischen längst durch den Fortgang der Inflation wieder wettgemacht. Die falangistischen Sozialreformideen kamen nicht zur Verwirklichung.

Wir schrieben im Juni 1956, die spanischen Reformer müßten mit der Möglichkeit rechnen, daß General *Franco* ihnen nach vorübergehender Stützung ihres Unternehmens „ebenso flink den Rücken kehrt, wie es schon einmal vor einem Jahrzehnt geschah“. Eben so ist es gekommen. Bei der überraschend dekretierten Regierungsumbildung vom 25. Februar 1957 ernannte Franco zwölf neue Minister, die sämtlich der äußersten Rechten angehören und von denen keiner auch nur eines Anhauchs falangistisch-syndikalistischer Ideen „verdächtig“ ist. Für die Falange gibt es im gegenwärtigen spa-

nischen Kabinett nur noch drei Posten von untergeordneter Bedeutung. Arbeitsminister Jose Giron schied aus, und der angeblich „un-nachgiebige“ Generalsekretär der Falange, Arrese, wurde auf den Posten eines Ministers für den Städtebau abgeschoben.

Schon vorher, nämlich im Anschluß an die üblichen Neujahrsempfänge der Franco-Regierung, hatte die spanische Presse auf offizielle Weisung hin eine Erklärung veröffentlicht, die die von der falangistischen „Reformpartei“ vorbereiteten Änderungen des Grundgesetzes als verfassungswidrig hinstellte. Damals erklärte Arrese seinen — vom Diktator zunächst nicht angenommenen — Rücktritt. Es zeigte sich alsbald, daß der mit Arresses Namen zu Recht oder Unrecht verbundene Versuch, durch eine Art von „Grundrechtssatzungen“ in Franco-Spanien konstitutionelle Zustände in bescheidenstem Ausmaß herzustellen, gescheitert war. Die vom ehemaligen Leiter des staatlichen Instituts für politische Studien, *Prof. Javier Conde*, entworfenen Gesetzentwürfe verfielen beim konservativen Flügel des Kabinetts und der Umgebung Francos sämtlich der Ablehnung. Armee und „Wirtschaft“ hatten Widerspruch eingelegt und dabei Condes Pläne ironischerweise als totalitär und verfassungswidrig bezeichnet. „Die Fenster unserer Festung sind ein wenig geöffnet worden. Jetzt müssen wir auf der Wacht sein gegenüber den exotischen Winden, die zu uns hereinblasen könnten“, hatte Franco im Sommer 1956 zu seinen Vertrauten gesagt. Nun, Generalität und Unternehmertum waren auf der Wacht. Nach einem halben Jahr schlugen sie die Burgfenster vor dem „exotischen“ Anhauch auch nur geringer Verbesserung der Rechtslage und des sozialen Standards der Massen zu.

Einer der Anlässe für das Überhandnehmen der Reaktion lag in den Rückwirkungen der Ungartragödie auf breite Bevölkerungsschichten Spaniens. Diesmal rührten sich freilich nicht in erster Linie die konservativen Landesteile. In Katalonien, wo vor zwei Jahrzehnten der Widerstand der Republikaner gegen Franco am längsten ausgehalten hatte, und besonders im „roten“ Barcelona fanden Straßendemonstrationen zugunsten der ungarischen Freiheitsbewegung statt, die nach Ansicht der franquistischen Sicherheitsbehörden von Kaderverbänden der ehemaligen republikanisch-demokratischen Parteien gesteuert worden sind. Die 8000 Studenten der Universität von Barcelona, die sich lange Zeit hatten daran gewöhnen müssen, daß in jedem Vorlesungssaal ein Polizist Wache stand, gingen auf die Straße. Auf ihren Spruchbändern und Plakaten las man in großen Lettern „Wir Studenten fordern Freiheit! — Wir sind gegen die Diktatur“; ganz unten war hinzugefügt, in kleinen, schwer lesbaren Buchstaben, „für Ungarn“. Es versteht sich, daß solche Kundgebungen bei der Arbeiterschaft Barcelo-

nas Anklang und Verständnis finden mußten. So folgten Protestaktionen gegen die Erhöhung von Autobusgebühren, „Busstreiks“ und Solidaritätskundgebungen der Studenten von Barcelona und Sevilla. Es ist bei diesen studentischen Kundgebungen wie auch bei solchen an anderen spanischen Universitäten zur Verteilung von Flugblättern und Aufrufen gekommen, in denen die Studenten gegen ein Überhandnehmen des Einflusses der Falangisten und für das Heer Stellung nahmen. Weder Arbeiterschaft noch akademische Jugend haben auf die von einzelnen Falangeführern versprochenen Sozialmaßnahmen große Freiheitshoffnungen gesetzt. Im Effekt aber hat diese Protestwoge den sozialpolitischen Projekten Giron und Arresses den Todesstoß versetzt.

Mit der ihm eigenen Behutsamkeit suchte Franco auf ein neues Pferd zu setzen. Er behauptete — in einem Interview mit dem Korrespondenten der „New York Times“ —, die abgehenden Falangistenführer hätten sich „aus natürlicher Müdigkeit“ aus dem Kabinett zurückgezogen. Zum Parteiminister ernannte er den von der bisherigen Falangeführung entfremdeten *Solis Ruis*, den Präsidenten der spanischen Syndikate. Dieser ist bemüht, seine Anhängerschaft für die verfassungspolitischen Ideen und sozialpolitischen Losungen jener Gruppe gefügig zu machen, der der Staatschef gegenwärtig sein Vertrauen schenkt, der Kongregation „Opus Dei“. Da die Mitglieder des „Opus Dei“ Anspruch darauf erheben, Wegbereiter der sozialen Monarchie zu sein, ist es notwendig, etwas genauer zu beschreiben, welcher Art diese neuesten Treuhänder der Wohlfahrt der spanischen Werktätigen sind.

Opus Dei ist in den zwanziger Jahren aus einem Zusammenschluß klerikal gesinnter junger Studenten unter der Führung des aragonesischen Priesters *Escriva de Balaguer* hervorgegangen. Ziel dieser Vereinigung war die Bekämpfung der „Entchristlichung“ Spaniens. Nach Francos Machtergreifung, besonders in den Nachkriegsjahren, geriet die Bewegung unter den geistigen Einfluß des Universitätsprofessors *Calvo Serer* in Madrid, dem es glückte, ihr im Jahr 1947 die Billigung und Förderung durch den Vatikan zu erwirken. Die Angehörigen der „Opus-Dei“-Bewegung gehören sämtlich dem Laienstande an. Sie gliedern sich in eine Hierarchie, die in drei große Gruppen aufgeteilt ist.

Gruppe 1 sind die „Numerarios“. Sie sind die Oberschicht. Wer ihr angehört, zählt zu der im Franco-Staat herrschenden Klasse. Jeder von ihnen hat ein Gelübde abgelegt, ein Leben in Keuschheit, Armut und Gehorsam zu führen und sich als „Laienpriester“ ganz der Sache Gottes zu widmen. Von den neuen Kabinettsmitgliedern soll der Handelsminister, der 43-jährige Volkswirtschaftler *Alberto Ullastres*, zu den Numerarios zählen.

Gruppe 2 umfaßt die „Super-Numerarios“. Sie sind zahlreicher als die „Numerarios“, haben dieselben Gelübde abgelegt und verfolgen die gleichen Ziele, doch ist ihnen erlaubt, zu heiraten.

Gruppe 3 sind die „Oblatos“. Hier ist die „Gefolgschaft“ organisiert, die Anhängerschaft aus Arbeiter- und Kleinangestelltenkreisen sowie Bauern. Von ihnen allen ist in Spanien anzunehmen, daß man ihnen kein Armutsgelöbniß abzuverlangen braucht, da sie bereits in „natürlicher Armut“ leben und keine Aussicht haben, je durch ihre Arbeit aus diesem Zustand hinauszugelangen.

Opus Dei rekrutiert seine Gefolgschaft an den spanischen Universitäten, unter jenem Teil der spanischen Jugend, der sich von den öffentlichen Freiheitsdemonstrationen der letzten Zeit fernzuhalten pflegt. Aber auch gewisse Bankinstitute sehen es nicht ungerne, wenn ihre Mitarbeiter ihre antirevolutionäre Gesinnung durch den Beitritt bekräftigen. Schließlich ist eine diskrete Werbung in der spanischen Wehrmacht und speziell unter den Kadetten im Gange.

Dies jetzt zur Macht drängende politische Gebilde hat seine allgemeine Ausweitung nach dem Zeugnis neutraler Berichterstatter ziemlich geheimnisvoll betrieben. Der schwedische Pressekorrespondent *Svante Löfgren* vergleicht es mit einem weltlichen Jesuitenorden. „In seinem Bestreben, langsam den Boden vorzubereiten für die spanische Monarchie, sammelt Opus Dei einflußreiche Posten, Schlüsselpositionen und wertvolle Verbindungen. Sobald ein Student besondere Fähigkeiten entwickelt oder zeigt, daß er über Führerqualitäten verfügt, erhält er eine diskrete Anfrage, um Aufklärungen über sein Privatleben, seine Herkunft und seine Überzeugungen.“ Von dem Menschenkreis, der ihn dann aufnimmt, ihm Stipendien anbietet und seine eventuelle Karriere ordnet, schreibt Löfgren: „Er ist reaktionär, antiliberal und verbirgt kaum seine Verachtung für das Volk.“ Auch die Verpflichtung zur Armut hält der Schwede für „rein symbolisch — außer vielleicht für die Oblatos. Weder der Besitz großer Grundareale, teurer Autos und einer Dienerschaft, noch das Sichumgeben mit Stäben ist durch die Verpflichtungserklärung unmöglich gemacht“. Einstweilen halte sich die Bewegung von der Förderung reiner Strebertypen nach dem Zeugnis der meisten Beurteiler noch rein, aber auf die entscheidende Probe werde sie erst gestellt werden, wenn das Hauptziel erreicht sei: die Krönung eines neuen Königs von Spanien.

Außer dem Handelsminister Ullastres werde zur „Opus-Dei“-Vereinigung auch der Minister für öffentliche Arbeiten, General *Jorge Vigon*, gerechnet, ferner „in gewisser Weise“ der Informationsminister *Gabriel Arias Salgado*. Vor allem aber zählt zu der Bewegung der Chef des bei der letzten Kabinettsumbildung neu ge-

schaffenen Amtes des Stellvertreters Francos, als eines wirtschaftlichen und politischen Koordinators, der Admiral *Luis Carrero Blanco*. Die „Machtzusammenballung“ ist beträchtlich.

Grundlage der Verfassungs- und Sozial-„Reformen“ der „Opus-Dei“-Bewegung sind in einem Leitartikel im Madrider Monarchistenblatt „ABC“ dargelegt worden, den Professor Calvo Serer verfaßte. Es ist charakteristisch für die allgemeine Unsicherheit des neuen Kurses, daß das monarchistische Organ auf die Genehmigung zur Veröffentlichung dieser Arbeit zwei Monate lang warten mußte. Nachdem sie im Druck erschienen ist, läßt sich dennoch nicht sagen, daß hinreichende Klarheit geschaffen wäre über die Methode des Einbaus der sozialen Forderungen in den neuen Kurs. Man versucht, das Odium der reaktionären Einstellung abzustreifen. Das künftige monarchistische Regime möchte offensichtlich vermeiden, daß die Massen in ihm einen bloßen Rückfall in den spanischen Absolutismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts erblicken. So spricht man nicht von „Restauration“, sondern lieber von „Instauration“. Die persönliche Macht eines Trägers der Krone soll eingeschränkt werden durch einen Kronrat. Die Regierung soll nicht nur dem König, sondern auch seinem Parlament, den Cortes, gegenüber verantwortlich sein. In letzter Instanz ist bei manchen Fragen sogar der Appell an einen „Volksentscheid“ vorgesehen. Trotzdem ist das Programm Calvo Serers bewußt antiliberal. Die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen vermittels der in westlichen Demokratien üblichen Gewerkschaftsrechte wird von der „Opus-Dei“-Gruppe ebensowenig zugestanden, wie von jenem „Linksflügel“ der Falange, der bis zum Rücktritt Arreses sein Glück mit dem „Caudillo“ versuchte.

Eine nüchterne Betrachtung dieses Durcheinanders läßt erkennen, daß das vom falangistischen Arbeitsminister Giron im Juli 1956 bekanntgegebene Sieben-Punkte-Programm für Sozialreformen aufgegeben worden ist, ohne daß etwas Konkretes an sein Stelle trat. Giron hatte behauptet, er wolle einheitliche Löhne anstreben, ferner ein Wohnungsbauprogramm, den Ausbau der Sozialversicherung, Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer, ein elastisches Leistungslohnsystem, die gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens und ungehinderte Bildungsmöglichkeiten für alle. „Opus Dei“ und mit ihm die durch den neuen Parteiminister Solis Ruiz gleichgeschalteten spanischen Syndikate steuern auf derartige Ziele nicht mehr zu, weil sie argwöhnen, dadurch könnte ein künftiger spanischer Sozialismus auf einen klar demokratischen Nenner gebracht werden. Was sie einstweilen zu bieten haben, ist der Typ des „gottgewollten Syndikatsfunktionärs“, eines Schemengewerkschafters, der durch die Auswahl der „Opus-Dei“-Bewegung eine Art halb-säkularer „Weihe“ erhalten hat.

Schon jetzt löst die Verworrenheit und Verstiegtheit der Ideen allgemeine Unruhe aus. So erklärt sich, daß Franco Anfang Juni genötigt war, politische Gegner zu verhaften — aus Kreisen, die unter gewöhnlichen Umständen der Rebellion und Wühltätigkeit kaum verdächtig werden. Der baskische Industrielle *Antonio Menchaca* steht unter der Anklage, er habe in Paris Flugblätter aufrührerischen Inhalts drucken und sie durch einen Mitverhafteten nach Spanien schmuggeln lassen. Ein Bruder des Bischofs von Malaga, *Francisco Herrera Oria*, soll Verhandlungen mit dem Chef der republikanischen Exilregierung Spaniens, *Gordon Oras*, in Paris aufgenommen haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch einer der Gründer der Falangepartei, *Dionisio Jimenez*, der im April wegen Veröffentlichung eines kritischen Artikels in einer kubanischen Zeitung festgesetzt worden war. Man sieht, es wird unter der Decke heftig diskutiert. Eben in der Fortsetzung dieser Diskussion unter krampfhafter Inanspruchnahme der letzten Möglichkeiten im spanischsprachigen Ausland und in Exilzentren besteht das „Delikt“ der angeschuldigten Oppositionellen. Sie haben zu lange und zu nachhaltig danach gefragt, nach welchen Prinzipien die sozial- und gewerkschaftspolitische Konkursmasse des Franco-Regimes klerikalisiert werden soll.

Wollte man auf den gegenwärtigen Stand das biblische Prinzip: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, anwenden, so genügt es, die hohen Ideale des Franco-Regimes neuester Formulierung mit einer Blitzaufnahme der Wirklichkeit zu konfrontieren, die die Juni-Ausgabe der „Auslandsnachrichten des DGB“ enthielt. Dort wurde berichtet:

„Mehrere Hundert Bergarbeiter der ‚Sociedad Metalurgica Duro-Felguera‘ in der Nähe von Oviedo in Nordspanien forderten höhere Löhne. Da ihre Forderung abgelehnt wurde, legten sie die Arbeit nieder, worauf die Werksleitung folgende Warnung anschlagen ließ: ‚Auf Anweisung der Betriebsleitung werden die Angehörigen dieses Werkes von folgendem in Kenntnis gesetzt: 1. Das zur Zeit geltende Strafgesetz bezeichnet die Arbeitsniederlegung als ein Verbrechen und bestraft die Organisatoren, Förderer oder Anführer eines Streiks mit Gefängnis von sechs bis zu zwölf Jahren und mit einer Geldstrafe bis zu 50 000 Pesetas. Die gleichen Strafen gelten für diejenigen, die zur Einschüchterung oder Gewalt greifen. Als „Führer“ sind diejenigen anzusehen, die diese Rolle praktisch spielen, oder solche, die sich auf Grund ihres Ansehens, Verhaltens oder früheren Verhaltens besonders hervortun. Wer einen Streik durchführt oder sich an ihm beteiligt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Jahren und mit einer Geldstrafe wie oben belegt. Die Strafprozeßordnung sieht vorläufige Inhaftierung im Falle solcher Vergehen vor. 2. Ein Rückgang der normalen Produktion führt zu

folgendem: a) Arbeiter im militärdienstpflichtigen Alter werden von den zuständigen Wehrmeldeämtern einberufen und in *Strafeinheiten nach Afrika geschickt*, b) Nicht militärdienstpflichtige Arbeiter werden fristlos entlassen. Unabhängig davon bleibt die strafrechtliche Verantwortung für die begangenen Straftaten bestehen.“

Die Arbeiter kehrten jedoch trotz der Mobilisierung von Militär und Polizei gegen sie nicht zur Arbeit zurück. Schließlich wurden etwa 50 Bergarbeiter zum Militärdienst einberufen und zahlreiche weitere verhaftet.“ — Opus Dei! *Hans Drugis*

Die Internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Förderung demokratischer Volkserziehung (Bonn) veranstaltete seit September 1956 fünf internationale Seminare, an denen 177 Teilnehmer aus der Bundesrepublik teilnahmen. Von diesen fünf Seminaren fanden drei jeweils vierzehntägig beim Europäischen Amt der Vereinten Nationen, dem Internationalen Arbeitsamt und den anderen Sonderorganisationen in Genf statt. Die Teilnehmer an diesen Seminaren, parteipolitisch und konfessionell neutral ausgesucht, setzten sich aus Vertretern des Deutschen Bundestages, der Länderparlamente, der Ministerialbehörden von Bund und Ländern, Vertretern der Wirtschaft und Gewerkschaften, der Presse und des Rundfunks, Vertretern von Jugendorganisationen und Studenten zusammen.

Das Ziel der internationalen Seminare der Friedrich-Ebert-Stiftung besteht darin, den Teilnehmern an diesen Veranstaltungen die Arbeit der Weltorganisation in deren Alltags-tätigkeit zu zeigen und sie durch berufene Sachverständige an Ort und Stelle in die Probleme einzuführen.

Im Dezember 1956 führte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Hohen Behörde für Kohle und Stahl eine dreitägige Informationstagung in Luxemburg und im Frühjahr dieses Jahres ein vierzehntägiges Seminar bei den europäischen Integrationsinstitutionen in Luxemburg, Straßburg und Paris sowie bei der UNESCO, der Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris durch.

Über die Ergebnisse dieser fünf, von allen Tagungsteilnehmern geschätzten Seminare läßt sich feststellen, daß bis jetzt über 200 Zeitungsartikel in den verschiedensten Tageszeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik und des Auslandes veröffentlicht wurden. In mehreren Rundfunksendungen und in über 200 Referaten vor den verschiedensten staatsbürgerlichen und politischen Institutionen, kommunalen Verbänden, Jugendorganisationen usw.

wurde von den Seminarteilnehmern über ihre in den internationalen Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung gemachten Erfahrungen berichtet.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung plant, die Teilnehmer an diesen internationalen Seminaren zu periodischen Zusammenkünften in ihre Heimvolkshochschule in Bergneustadt einzuladen und hierbei die Erfahrung in der bisherigen und der weiteren Arbeit mit ihnen durchzusprechen. Ferner werden sie hierbei durch führende Vertreter der Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen über den neuesten Stand der Arbeiten und Aufgaben der Weltorganisation informiert.

Die weiteren internationalen Planungen der Friedrich-Ebert-Stiftung beziehen sich u. a. auf die Mitarbeit zur Durchführung des Programms, das von der UNESCO-Generalversammlung im Herbst 1956 in Neu Delhi einstimmig beschlossen wurde. In einem Zehnjahresplan soll unter dem Titel „Mutual appreciation of Eastern and Western Cultural Values“ (Einführung in die östlichen und westlichen kulturellen Werte) die gegenseitige Schätzung der Kulturwerte der östlichen und westlichen Welt gefördert werden. In Anlehnung an diesen UNESCO-Plan führte die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Heimvolkshochschule Bergneustadt bereits zwei große Begegnungen unter dem Generalthema: „Der Aufstieg der farbigen Welt“ durch, die einen sehr starken Widerhall im In- und Ausland erweckten. Im Herbst dieses Jahres soll in Bergneustadt eine Begegnung im Rahmen des oben zitierten UNESCO-Planes stattfinden, auf der Völkerkundler, Soziologen, Historiker, Wirtschaftler, Pädagogen und Journalisten über Afrika, seine Geschichte und seine heutigen Probleme diskutieren werden. Daran werden sich anschließende Begegnungen über das Thema „Die Religionen Asiens“ und über „Staats- und Rechtsentwicklung in Südostasien“. Ferner sollen in den Entwicklungsländern selber Begegnungen und Seminare durchgeführt werden, in denen die verschiedenen Kulturen einander gegenübergestellt werden. So plant die Friedrich-Ebert-Stiftung, u. a. Fragen der Religion, der Moral und des Rechts, der Kunst, der Literatur und der Architektur im Orient im Rahmen von großen Veranstaltungen und Ausstellungen in Bergneustadt zu behandeln. Darüber hinaus sollen ausführlich die Wirtschaftsentwicklung und die Wirtschaftsverfassung, insbesondere in den Ländern Südostasiens behandelt werden. Auch die Wissenschaft, Forschung und Volkserziehung in Asien, Afrika und im Fernen Osten werden im Rahmen dieses UNESCO-Plans untersucht. Die internationalen Seminare bei den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen in Genf und bei den europäischen Institutionen in Luxemburg, Straßburg und Paris werden nicht nur fortgesetzt, sondern in verstärktem Umfang weitergeführt. Aus den Durchführungsplänen für das Europa-

Seminar soll das Seminar bei der UNESCO ausgeklammert werden. Es werden gesonderte, ausschließlich auf die Aufgaben und Arbeiten der UNESCO abgestimmte Tagungen in Paris stattfinden. Diese Programme werden ergänzt durch ein Österreich-Seminar, ein Skandinavien-Seminar sowie ein Großbritannien-Seminar.

Auch die Zusammenarbeit zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen ausländischen Stiftungen soll intensiviert werden. So wird u. a. Alfred Nau, der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, im Herbst dieses Jahres auf Einladung der amerikanischen Regierung nach den USA reisen, um engere Kontakte mit den großen Stiftungen, wie z. B. Rockefeller-Foundation, der Ford- sowie der Carnegie-Foundation herzustellen. Der gleiche Plan besteht im Hinblick auf eine enge Zusammenarbeit mit den allerdings noch sehr jungen Stiftungen im asiatischen Raum. Diese Zusammenarbeit wird sich insbesondere im Rahmen des UNESCO-Programms über den Kulturaustausch zwischen Orient und Okzident vollziehen.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung bei Planung und Durchführung ihrer internationalen Arbeit davon ausgeht, daß die Welt, in der wir heute leben, kleiner geworden ist. Alle Völker sind heute praktisch Nachbarn. Die Völker aber kennen einander noch weniger als die Staatsbürger eines Volkes einander kennen. Und dabei sind Mißverständnisse zwischen Völkern weit folgenreicher als die zwischen einzelnen Staatsbürgern. Zum Glück wächst die Einsicht in die Verbundenheit aller Völker, wenn auch oft nur unter dem Druck der Furcht vor der schrecklichen Wirkung des Faustrechts zwischen den Völkern. Deshalb muß die Furcht von den Völkern genommen werden, damit sie den Versuch unternehmen können, sich wie Staatsbürger zu verhalten. Dazu gehört jedoch — wie im Staat — die Sicherung von Gerechtigkeit und Freiheit zwischen den Völkern. Hierzu müssen die Güter unseres Planeten allen Völkern, und zwar mit gleicher Chance, zugänglich sein. Imperialismus, Kolonialismus und Rassendünkel können niemals den Frieden sichern.

Die grundlegende Schwierigkeit für eine Verständigung zwischen den Völkern ist das gegenseitige Mißtrauen. Solange es nicht gelingt, dieses Mißtrauen zu überwinden, bleiben organisatorische Maßnahmen der Friedenssicherung unzulänglich. Deshalb versucht die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen ihrer internationalen Arbeit die noch bestehenden Vorurteile zwischen den Völkern abzubauen und schließlich ganz zu beseitigen. Ihre Arbeit soll dazu beitragen, die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden und Solidarität zu befriedigen und ihr beim Aufbau einer solidarischen Welt zu helfen.

Dr. Günter Grunwald